Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 531. **Montag** den 17. October 1892. **86. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Versammlung des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Stadt

Montag, den 17. huj., Abends 6 Uhr im Saale der 1. Bürgerschule.
Tagesordnung: Berathung über die Standesordnung.
Dr. **Henrici.**

Politische Tagesschau.

* **Leipzig,** 16. October.

Es ist auch während der Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck eine mißliche Sache gewesen, aus den Kundgebungen der Officiösen auf die Ansichten und Absichten der Reichsregierung zu schließen. Neuerdings aber kann man sich kaum der Vermuthung erwehren, die officiöse Presse suche ihre Aufgabe darin, die ungeheure Verwirrung der Geister, die unter dem neuen Curse eingerissen ist, noch zu steigern. Was speciell über die Militairvorlage in der Presse dieses Schlages orakelt wird, ist geradezu babylonisch. Heute z. B. schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“:

„Die „Kreuzzeitung“ glaubt, für ihre Haltung zur Militairvorlage auch aus rein politischen Kreisen demnächst auf vermehrte Zustimmung rechnen zu können, nachdem sie hat feststellen können, „daß die „Hessische Zeitung“, als sie vor einigen Tagen die Nachricht verbreitete, die Reichsregierung sei gewillt, die einjährige Bewilligung der Präsenzziffer des Heeres ohne Weiteres zuzugestehen, in der That berechtigt war, sich dabei auf eine ganz zuverlässige Quelle zu stützen“. Die Feststellung der „Kreuzzeitung“ hat genau den nämlichen Werth wie die Zuverlässigkeit der Quelle der „Hessischen Zeitung“. Wir sind in der Lage, die Behauptung, daß die Reichsregierung gewillt sei, die einjährige Bewilligung der Präsenzziffer des Heeres ohne Weiteres zuzugeben, als völlig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen.“

Was soll das heißen? Soll damit gesagt sein, die Reichsregierung denke überhaupt nicht daran, die einjährige Bewilligung der Präsenzziffer zuzugeben, oder soll nur bestritten werden, daß die Reichsregierung „ohne Weiteres“, d. h. ohne Druck von Seiten einer Reichstagsmajorität, auf die alljährliche Bewilligung der Präsenzziffer sich einlassen werde? Man kann den höchsten Preis auf die Lösung dieser Frage setzen und sicher sein, daß eine solche Lösung nicht erfolgt. Und ebenso vergebens sucht man nach einer Antwort auf die Frage, wozu derartige „Aufklärungen“ in die Welt geschickt werden. Sollen sie die Confusion noch mehr steigern? Sollen sie dem Centrum den Wink geben, daß es nur recht energisch auf der Forderung der alljährlichen Feststellung der Heeresstärke bestehen möge, um schließlich der Reichsregierung dieses Zugeständniß abzudrücken? Oder wissen etwa die Hintermänner des „Kanzlerblattes“ selbst noch nicht recht, wie sie zu dieser Forderung sich stellen sollen, und benutzen das officiöse Sprachrohr nur, um ihren Mangel an Klarheit zu verbergen? Der Himmel mag es wissen. Wir sind es müde, den Faden aus diesem Labyrinth zu suchen. Aber das müssen wir wenigstens aussprechen, daß es ein wahres Wunder wäre, wenn nicht die alte Mißachtung gegen alles Officiöse am Ende zu einer Mißachtung der officiösen Quellen würde und wenn nicht der weitesten Kreise sich eine Stimmung bemächtigte, in der man eine klärende Krisis dem herrschenden Wirrwarr vorzieht. So weit ist es bereits gekommen, daß man gar nichts mehr von Dem glaubt, was officiös gemeldet wird. Und wenn von dieser Seite heute versichert wird, die Einberufung des Reichstags zum 22. November stehe fest, und ebenso gewiß sei es, daß demselben alsbald nach seinem Zusammentritte mit dem Etat auch die Militairvorlage zugehen werde, so fühlt man sich zu der Annahme versucht, daß diese Versicherung keinen anderen Zweck habe als den, die öffentliche Meinung darüber zu täuschen, daß über die Einberufung des Reichstags noch gar nichts beschlossen ist und die Militairvorlage hier oder dort erheblichen Widerspruch findet.

Eine unangenehme Militair-Angelegenheit beschäftigt wieder einmal die ungarische Presse. Am 2. November soll in der Ofener Festung das Denkmal der 1848 bei der Eroberung Ofens durch die Ungarn gefallenen Honvehs enthüllt werden. In der Festung befindet sich auch das Denkmal des österreichischen Generals Henzi, der die Festung vertheidigte und dabei fiel. Die Veranstalter der Honvehfeier und die Regierung wollten nun aus der Enthüllung des Honved-Denkmals gleichsam ein Fest der Versöhnung machen, und es wurde deshalb bestimmt, daß bei der Enthüllung zwei Compagnien der gemeinsamen Armee die militairischen Ehren erweisen sollten, während der Landes-Commandirende Fürst Lobkowitz als Vertreter der Armee, welche gegen die Honveds gefochten, einen Kranz niederlegen sollte. Als Erwiderung sollte der Zug sich dann zum Henzi-Monument begeben, wo der Präsident des Honvedvereins und die Denkmal-Commission einen Kranz niederlegen sollten. Während die Regierungspresse das als Erfolg preist, da die gemeinsame Armee hier zum ersten Male den Achtundvierziger Soldaten huldigt, verkündet die oppositionelle Presse, der Präsident des Honvedvereins dürfe am Denkmal Henzi's, der Pest beschießen ließ, keinen Kranz niederlegen, das sei eine Entweihung. Die oppositionelle Presse stellt Interpellationen und Kundgebungen in Aussicht. Es dürfte sich wahrlich für die Herren Magyaren empfehlen, solche Dinge mit weniger Leidenschaftlichkeit zu behandeln.

Obgleich man nach den letzten Verhandlungen des für die Vorberathung der belgischen Verfassungsreform niedergesetzten Kammerausschusses erwarten mußte, daß das von Janson vorgeschlagene „gemilderte“ allgemeine Wahlrecht werde zum Gesetz werden, so ist die Entscheidung doch gegen die Zulassung dieses Rechtes ausgefallen. Das Ministerium, die Rechte und die gemäßigt Liberalen haben sich zuletzt gegen das allgemeine unbeschränkte Wahlrecht erklärt, und damit ist diese Frage in der Hauptsache vor der Hand abgethan. Bemerkenswerth war die Entschiedenheit, mit welcher der Ministerpräsident Beernaert gegen das allgemeine Stimmrecht sich erklärte, eine Entschiedenheit, die durch den Führer der Rechten, Woeste, noch übertrumpft wurde. Dieser meinte, man solle allen Zweideutigkeiten und neuen Wühlereien ein Ende machen und, um allen weiteren Agitationen für lange Zeit ein Ziel zu setzen, dem allgemeinen Stimmrecht die Thür verschließen. Die Erfahrungen, welche anderwärts mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht worden sind, berechtigen allerdings die maßgebenden Parteien in Belgien, gegenüber dieser Frage recht vorsichtig zu sein. Belgien kann sich übrigens mit Recht darauf berufen, daß in dem ihm so nahe liegenden freien Musterstaat England man sich sehr hütet, das allgemeine Wahlrecht einzuführen.

Im Laufe dieser Woche werden die Augen der politischen Welt in besonderem Maße auf Frankreich gerichtet sein. Morgen tritt das französische Parlament zu seiner außerordentlichen Herbsttagung zusammen und bei dem Charakter der Parlamentarier dieses Landes wird es unvermeidlich sein, daß alsbald die Gegensätze scharf auf einander stoßen. Die französischen Volksvertreter finden viel Arbeit, aber auch eine ganz verworrene Lage vor. In erster Reihe ist das Budget mit allen damit verknüpften Fragen zu erledigen. Die Vorberathung des Staatshaushaltes ist so wenig gefördert und die Grundlage des Entwurfs hat sich seit der Vorlage desselben so wesentlich verschoben, daß an der Möglichkeit der Bewilligung des Budgets vor Ende des Jahres bereits stark gezweifelt wird; die leidigen provisorischen Zwölftel rücken also bedenklich am Horizont herauf. Zu erledigen ist ferner das Handelsabkommen mit der Schweiz und die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich, minder wichtiger Vorlagen nicht zu gedenken. Dazu kommen noch mehrere Interpellationen, welche die Gewitterschwüle der politischen Atmosphäre steigern, vor Allem die Interpellation über den Streik von Carmaux, den die Regierung richtig bis zur Eröffnung der Session verschleppt hat, sowie diejenige bezüglich der Ereignisse in Dahomey, über dessen Schicksal doch auch einmal ein Beschluß gefaßt werden muß. Vor Allem sind es die Ereignisse in Carmaux, welche eine heftige parlamentarische Schlacht entstehen lassen werden. Nicht nur schwach, sondern geradezu kopf- und kraftlos ist das Verhalten der Regierung in der Angelegenheit des Streiks von Carmaux. Dieser Streik ist heute grade zwei Monate alt, eine Aussicht auf seine Beendigung ist so wenig wie je vorhanden, und die Erbitterung auf beiden Seiten ist womöglich noch größer wie am Anfang. Zu dieser Verschleppung und Verbitterung hat die Regierung sehr viel beigetragen, durch positive Maßregeln sowohl wie durch Unterlassungen. Im Anfang beschränkte sie sich darauf, Militair zu schicken und für Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dann fing sie an, bald der einen, bald der anderen Seite zu schmeicheln und Hoffnung zu machen. Daß durch ein derartiges Verhalten das Cabinet Loubet sich in hohem Maße geschädigt hat, liegt auf der Hand, und es kann sich leicht ereignen, daß es darüber zum Falle kommt. Im Hintergrund steht ein Exminister, der die Zeit für gekommen erachtet, Revanche zu nehmen. Sicher ist, daß die Lage für die französische Regierung eine sehr schlechte ist. Das parlamentarische Barometer steht sehr tief, und wenn die Kammer erst beisammen ist, kann über jede Kleinigkeit der Sturm losbrechen.

Die ohnehin schwache Mehrheit Gladstone's hat durch den Ausfall der Wahl in Cirencester abermals eine für sie recht empfindliche Einbuße erlitten. Der Kampf wurde von beiden Parteien mit Aufbietung aller Kräfte geführt, da die geringe Stimmenmehrheit, die der Homerulerer Winterbotham bei der Wahl im Juli erzielte, den Unionisten die Aussicht eröffnete, bei straffer Disciplin den Sitz zu gewinnen. Von Neuntausend und einigen Hundert Wahlberechtigten waren 8551 erschienen und Oberst Chester Master errang mit nur drei Stimmen mehr den Sieg über seinen liberalen Mitbewerber. Der Rückgang der Gladstoneaner ist charakteristisch; sie hatten im Jahre 1885 in Cirencester eine Mehrheit von 7—800 Stimmen, die im Juli d. Js. als Homerule zum Schibboleth erhoben wurde, auf 153 sank und nunmehr sich in eine Minderheit verwandelt hat. Die Zeichen der Zeit sind dem Cabinet Gladstone nicht günstig.

In Betreff der Ursachen der Studentenkrawalle in Athen, über die wir vor Kurzem zu berichten hatten, wird jetzt bekannt, daß sie namentlich in einer Neuerung des jetzigen griechischen Premierministers, Trikupis, zu suchen sind. Dieser sucht alle denkbaren Mittel heranzuziehen, um die Staatseinnahmen zu erhöhen und das Gleichgewicht im Staatshaushalt seines Landes wieder herzustellen. Ein solches Mittel fand er darin, den bisher unentgeltlichen Unterricht an den höheren Schulanstalten, insbesondere an der Universität, zu besteuern. Dagegen machen nun die Studenten der Athener heftige Opposition und sie versuchen auf alle Weise, die Ausführung jener Regierungsmaßregel zu hintertreiben. Zunächst rotteten sich einige Heißsporne am Eingang der Universität zusammen und verhinderten Jeden, der sich immatriculiren lassen wollte, durch Zureden oder auch durch erstere Mittel an der Ausführung seines Entschlusses. Darauf erschien in den Regierungsblättern die sanfte Mahnung, daß es Jedem freistehe, sich in der Universität als Studirender einschreiben zu lassen, oder auch nicht; für Diejenigen jedoch, die den Termin, der bis zum 13. October läuft, versäumten, würde sofort die Begünstigung wegfallen, von der Militairpflicht für die Dauer des Universitätsstudiums enthoben zu sein, und die Betreffenden würden sofort zum Militair eingezogen werden. Die Studenten unterließen infolge dessen ihre persönlichen Bemühungen, die Commilitonen von der Immatriculation abzuhalten; sie berieten jedoch nach hiesiger Gewohnheit ihre Collegen zu einer Berathung unter den Propyläen der Universität ein, setzten einen Protest an die Regierung auf und entsandten eine Commission zur Ueberreichung desselben an Trikupis; dieser empfing dieselbe jedoch sehr kalt und es wurde den Herren der Bescheid, sie könnten sich ja gar nicht als Studenten geriren, da sie nicht immatriculirt seien, im Uebrigen hätten sie gar kein Recht, gegen ein vom Parlament beschlossenes Gesetz zu protestiren, ihr Schritt werde daher absolut kein Resultat haben. Was blieb daher den Herren übrig, als bei dem König, der auf seinem Landsitze Tatoi wohnt, telegraphischen Protest einzulegen! Aber auch das hatte keinen Erfolg, und so legten sich die Studentenversammlungen fort, bis Sonntag, den 9. October griechischen Datums, der Polizei die Sache zu arg wurde. Man hatte die jungen Aufrührer ruhig reden lassen, soviel sie wollten; aber als man beschloß, sich in corpore zum königlichen Palais zu begeben, um einen erneuten Protest zu überreichen, schritt die militairische Polizei ein und verbot eine derartige öffentliche Kundgebung; als Widerstand geleistet wurde, zerstreute sie schnell die Unruhestifter und führte neun derselben auf die Polizeiwache ab. Die ganze Sache dürfte durch diese energische Maßregel zu Ende gebracht sein; Entgegenkommen findet die Auflehnung oem Seiten der Regierung sicherlich nicht, aber auch die Bürgerschaft, die sich bei der schwer auf ihr liegenden Steuerlast niemals widerspenstig gezeigt hat, bringt ihr keinerlei Sympathien entgegen. Uebrigens haben sich officiellen Nachrichten zufolge bereits gegen 1000 Studenten immatriculiren lassen.

Deutsches Reich.

‖ **Berlin,** 16. October. In dem Entwurf einer Novelle zum Krankenversicherungsgesetze, wie ihn die verbündeten Regierungen Ende November 1890 dem Reichstage vorlegten, war auch eine Bestimmung enthalten, nach welcher die Aufsichtsbehörde die Bildung von Cassenverbänden zum Zwecke der Anstellung gemeinsamer Beamten, Abschließung von Verträgen mit Apotheken, Krankenhäusern, Fürsorge für Reconvalescenten u. s. w. anordnen konnte. Diese Bestimmung wurde im Reichstage gestrichen. Es ist demnach auch späterhin den Cassen allein überlassen, ob sie die Verbände bilden wollen oder nicht. Nun würde ja das materielle Interesse der Cassen selbst zu solchem Zusammenschluß hindrängen, wenn nicht häufig persönliche Fragen ins Spiel kämen, welche einer Entwickelung nach dieser Richtung hinderlich wären. Um eben der Bethätigung persönlicher Interessen entgegentreten zu können, hatten die verbündeten Regierungen die erwähnte Vorschrift in die Vorlage aufgenommen. Bei der Vorbereitung zur Durchführung der Krankencassennovelle bezeigten bisher die Cassen auch ohnedem mehr als früher die Lust, durch Verbandsbildungen ihre Kosten soweit als möglich zu ermäßigen. Wenigstens hörte man mehrfach von Versuchen, welche in dieser Richtung unternommen waren. In Berlin jedoch ist man scheinbar anderer Ansicht. Wenigstens berichtet die „Apotheker-Zeitung“, daß gerade mit dem Inkrafttreten des neuen Krankenversicherungsgesetzes aus dem Berliner Gewerkskrankencassenvereine die Ortskrankencassen der Maurer, Stellmacher, Kabler und Siebmacher, Strumpfwirker, Uhrmacher, Goldschmiede, Sattler, Vergolder, Bildhauer und Lackirer auszuscheiden beschlossen haben. Für den einzelnen Fall mögen ja außergewöhnliche Gründe vorliegen, im Allgemeinen aber ist den Krankencassen nur zu rathen, von der ihnen im §. 46 des Gesetzes gegebenen Befugniß zu Verbandsbildungen Gebrauch zu machen. Die Kosten, namentlich die der Verwaltung, werden sich dadurch bedeutend verringern.

□ **Berlin,** 16. October. Die socialdemokratische „Magdeburger Volksstimme“ macht ihrem Aerger über die Kritiker und „Nörgler“ auf dem braunschweigischen Landesparteitage in einem spaltenlangen Artikel Luft. Besonders warmt es sie, daß über die Höhe des Liebknecht'schen Gehaltes gesprochen worden; hierzu bemerkt das Blatt:

„Liebknecht bekommt ein Gehalt — wenn wir recht berichtet sind, 7000 ℳ jährlich —, das gerade ein Viertel oder ein Fünftel des Gehaltes ausmacht, welches die Chef-Redacteure unserer großen politischen Bourgeoisblätter (!!) beziehen, deren Aufgabe doch wahrlich eine lächerlich einfache gegenüber der Leitung eines Oppositionsblattes in der exponirten Stellung des „Vorwärts“ ist. Freilich wissen wir es sehr wohl, daß mancher Proletarier es nicht verstehen wird, wie einem Proletarierführer ein Gehalt gezahlt werden kann, das sein eigenes Einkommen um das 7—10fache übersteigt, wo dieser „Nach-Proletarier“ doch von Arbeitergroschen lebe, die mühsam der Arbeiter sich vom Munde abgespart hat.“

Wie uns versichert wird, bezieht Liebknecht vom „Vorwärts“ nicht 7000 ℳ, sondern 9000 ℳ Gehalt. Hierzu kommt noch sein Gehalt als Mitarbeiter des „Gewerkschafter“ mit 2000 ℳ, sein Gehalt als ständiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, das wohl eben so viel betragen dürfte, und seine erklecklichen Honorare als Correspondent des „Temps“ und mehrerer anderer ausländischer Blätter. Diese Einnahmen werden von Leuten, die es wissen können, auf mindestens 15 000 ℳ veranschlagt. Dazu kommen noch Diäten für Parteitage, Congresse u. s. w. Das ist doch sicher eine mehr als anständige Einnahme für den Redacteur eines Arbeiterblattes, und der „Genosse“, der nicht so viel Hunderte von Mark, wie sein Führer Tausende zu verzehren hat, wird dieses Mißverhältniß allerdings „nicht verstehen“, sondern vielmehr zu der Einsicht kommen, daß er vernünftiger handelt, wenn er seinen Wochenlohn zu seinem und seiner Familie Besten verwendet, als wenn er einen Theil des Geldes den in fetten Pfründen sitzenden Führern opfert. Sprach doch ein solcher (wir erzählen eine Thatsache!) gelegentlich eines Abschiedsschmauses: „Laßt uns trinken auf den großen Haufen, der uns giebt zu fr..... und zu sa....!“

Uebrigens kann selbst die „Volksstimme“ nicht umhin, die „Genossen“ zu tadeln, die durch ihre capitalistischen Unternehmungen die Arbeiter ausbeuten. Sie giebt letzteren den Rath, gegen die „Proletarier“-Unternehmer gerade so zu verfahren, wie gegen alle anderen Unternehmer:

„Einem einsichtsvollen Proletarier gegenüber brauchen wir weitere Argumente nicht mehr hinzuzufügen, aber leider kann nicht von jedem Arbeiter, der alle Quartale einmal einen Groschen in die Parteicasse bezahlt, vorausgesetzt werden, daß er zu den Einsichtsvollen gehört, und für diese müssen wir noch ein Wort hinzufügen. — Was für jeden Arbeiter als durchaus selbstverständlich gilt, ist das, daß er seine Arbeit dem Unternehmer möglichst theuer zu verkaufen sucht. Das ist unter dem capitalistischen Regime sein gutes Recht, wer anders handeln wollte, würde einfach ein Narr sein. Unter dem Regime des Capitalismus ist aber auch jedes einzelne Parteiunternehmen ein capitalistisches Unternehmen; ob ein Nationalliberaler oder ein paar tausend Socialdemokraten Besitzer desselben sind, ändert an der ganzen Sache auch nicht einen Deut. Im Gegentheil ist es eine nur zu bekannte Thatsache, daß der Proletarier als Unternehmer der allerschlimmste Mehrwerthsausbeuter ist. — Der Lohnarbeiter, wer immer er auch sei, ob Redacteur oder Colporteur oder Setzer, steht also dem Proletarier-Unternehmer genau so gegenüber, wie dem Bourgeois-Unternehmer, auch ihm gegenüber wird er von seinem guten Recht als Lohnarbeiter Gebrauch zu machen haben, einen möglichst hohen Lohn zu erreichen, denn die socialdemokratische Unternehmung bildet eben innerhalb des capitalistischen Staates keine Oeliste, socialistische Gemeinschaft, für welche die Vertheilung des Arbeitsertrages nach socialistischen Grundsätzen Platz greifen könnte, sondern nur ein Stück capitalistischer Gesellschaft. Für die capitalistische Productionsform gilt aber der Grundsatz, daß der Arbeiter nicht nach den vernunftgemäßen Lebensbedürfnissen, sondern nach seinen Fähigkeiten honorirt wird. Will man also tüchtige Arbeiter in solchen Stellungen haben, so muß man eben auch ganz capitalistisch operiren und einen entsprechenden Lohnsatz auswerfen. Daß dieser Lohnsatz übrigens noch nicht einmal den capitalistischen Gepflogenheiten ganz entspricht, sondern weit unter diesen balancirt, ist nur ein weiterer Beweis dafür, ein wie rücksichtsloser Mehrwerths-Ausbeuter der Proletarier-Unternehmer ist. ...“

— Der Kaiser arbeitete gestern nach der Rückkehr von seinem Morgen-Spaziergang mit dem Chef des Militaircabinets und hatte demnächst eine Conferenz mit dem Reichskanzler. Später ertheilte der Monarch eine Audienz. — Die Uebersiedelung des kaiserlichen Hofes vom Marmorpalais nach dem Neuen Palais wird voraussichtlich am 20. d. M. erfolgen.

— Officiös wird geschrieben: „Unter der Voraussetzung, daß das Militairgesetz schon vier Wochen nach der Einbringung im Bundesrathe als Reichstagsvorlage erscheinen werde, schwanken im Wesentlichen die Gründe, die für eine halbamtliche Darstellung der geplanten Militairreform geltend gemacht werden konnten, zumal da auch das öffentliche Interesse in den ersten Novemberwochen hauptsächlich von den preußischen Steuervorlagen beherrscht sein wird. Es wird daher wahrscheinlich von einer solchen Veröffentlichung Abstand genommen und geheime Behandlung der Vorlage im Bundesrathe vorgesehen werden.“

— Die Einberufung der beiden Häuser des Landtags ist, wie die „Post“ nunmehr „bestimmt“ mittheilt, auf Mittwoch, den 9. November d. J., beschlossen.

— Die „M. N. N.“ wollen wissen, daß der Widerstand Bayerns gegen eine Erhöhung der Biersteuer die Reichsregierung bewogen habe, von der geplanten Erhöhung Abstand zu nehmen.

— Der hier eingetroffene Dr. Zintgraff hat nach einer Meldung des „Hamb. Corr.“ in officieller Form beim Auswärtigen Amt eine Beschwerde gegen den Gouverneur von Kamerun, Zimmerer, erhoben, weil dieser ihn ungenügend nach dem vorjährigen Kampf gegen die Bafuti unterstützte, wodurch die letzte Expedition erfolglos geblieben sei.

— Wenn in Thorn, wie gemeldet, Herr Corvettencapitain Rüdiger erklärt hat, er werde keinesfalls Nachfolger des Freiherrn von Soden in Ostafrika werden, so muß in letzter Stunde eine Sinnesänderung an leitender Stelle oder aber bei Herrn Rüdiger selbst eingetreten sein. Bis jetzt durfte man, auf Grund zuverlässigster Nachrichten, seine Anwartschaft auf den Gouverneursposten in Dar-es-Salaam als gewiß betrachten.

— Den Fall Löwel, den wir bereits kurz erwähnt haben, stellt die „Kreuzzeitung“ also dar:

„Der jüdische Stadtrath Mamroth hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der genannten Deputation bei einem der Betreuten die Caution von 1500 auf 10 000 ℳ erhöht. Der Stadtverordnete Löwel fand diese Erhöhung nicht gerechtfertigt und bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß die von jüdischen Lieferanten zu stellenden Cautionen durchweg niedriger seien als diejenigen, welche den Christen abverlangt würden. Damit diese ungleichartige Behandlung nicht zu unangebrachten Vermuthungen über Bevorzugung des Judenthums in der städtischen Verwaltung Anlaß gebe, verlangte er, daß bei den Cautionen künftig gleichmäßig verfahren und daß über ihre Höhe vom Plenum der Deputation allgemeine Grundsätze aufgestellt werden. Um sich von vornherein gegen den Verdacht des Antisemitismus zu schützen, fügte Herr Löwel hinzu, daß er denselben Antrag gestellt haben würde, wenn der augenblickliche Sachverhalt der umgekehrte wäre, d. h. wenn in Bezug auf die Höhe der Cautionen die Juden ungünstiger gestellt wären als die Christen. Aber seine durchaus bescheidenen Forderungen erregten den Zorn des Herrn Mamroth. Dieser glaubte in ihnen eine verletzende Kritik seiner Ausführung zu erblicken. Weil der Stadtrath Mamroth ihm gegenüber beleidigende Ausdrücke hat fallen lassen, ist Herr Löwel aus der Fraction der Linken ausgeschlossen worden. So hat er selbst die Sache in einer an die „Staatsbürger-Zeitung“ gesandten Zuschrift dargestellt.“

Ist die Darstellung Löwel's richtig, so liegt unzweifelhaft ein krasser Fall von deutschfreisinnigem Parteiterrorismus, von deutschfreisinniger Einseitigkeit und Engherzigkeit vor.

— Das vom freiconservativen Abgeordneten Otto Arendt in Berlin herausgegebene „Deutsche Wochenblatt“ veröffentlicht einen, von der „Schriftleitung“ unterzeichneten Artikel über: „Die Kanzlerkrisis und die Militairvorlage“, in welchem der Verfasser u. A. erklärt, daß er die Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit „unter allen Umständen nur mit schwerem Herzen und überhaupt nur dann acceptiren möchte, wenn eine unbedingte Autorität die Verantwortung trägt.“ Hieran anschließend, giebt der Verfasser folgenden Auslassungen Raum:

„Die dreijährige Dienstzeit gilt uns als ein heiliges Erbtheil Kaiser Wilhelm's I. Die Männer, welche die Siege von 1866 und 1870 vorbereiteten und erfochten, allen voran Moltke, erklärten die dreijährige Dienstzeit für unentbehrlich. Nun geben wir zu, daß die Verhältnisse sich ändern können und daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit heute vielleicht zu einer Nothwendigkeit geworden sein kann. Aber von dieser Nothwendigkeit muß man uns überzeugen, und es spricht nicht für diese, daß noch unwidersprochen gebliebenen Zeitungsberichten Kaiser Wilhelm II. sich gegen die zweijährige Dienstzeit geäußert und daß ihm die Genehmigung zu diesem Theil der Militairvorlage nur schwer abzuringen gewesen sein soll. Es wird uns auch verbürgt, daß unter den hohen Verbündeten Sr. Majestät und nicht zuletzt bei süddeutschen Bundesfürsten die Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit auf ernste Bedenken stößt.“

Ob die im Vorstehenden enthaltenen thatsächlichen Mittheilungen auf Wahrheit beruhen, muß ebenso dahingestellt bleiben, wie die Richtigkeit der in demselben Artikel aufgestellten Behauptung, daß wir in einer beständigen Kanzlerkrisis leben.

— Der deutsche Botschafter General v. Schweinitz, welcher vor einigen Tagen von Wilhelmshöhe hier eintraf, begab sich Sonnabend